

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 4. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 19. Juni 2023
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:40 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 23 und 24 vom 8. und 15. Juni 2023 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmende:

Stadtratspräsident Yves Greisler

Stimmzähler Urs Wüthrich, Mirjam Bucher

Mitglieder des Stadtrates Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Thomas Gerber, Fabian Käsermann, Esther Liechti-Lanz, Barbara Lüthi-Kohler, Ulrich von Känel, Andreas Stettler, Sybille Zingg Righetti, Franziska Maurer Roschi, Manfred Schaffer, Peter Hauser, René Marti, Sabrina Rohrbach, Jürg Grimm, Damaris Hauser, Walter Bangerter, Debra Marti, Urs Wüthrich, Carmen Baumeler, Karin Karrer-Siegenthaler, Josef Timoteo Jenni, Mirjam Bucher, Elias Maier, Hermann Dür, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Jonas von Allmen, Tanja Blume, Claudia Fankhauser, David Hirschi, Anette Vogt, Philipp Schärf, Pascal Hebeisen, Simon Reusser

Entschuldigt Jürg Kämpf, Adrian Merz, Ian Thompson, Christian Hedinger

Stadtpräsident Stefan Berger

Mitglieder des Gemeinderates Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Christoph Grimm

Entschuldigt Peter von Arb

Stadtschreiber	Stefan Ghioldi
Auskunftspersonen	Christoph Murali, Leiter Finanzen Rudolf Holzer, Leiter Baudirektion
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 15.5.2023	4
- Informationen des Stadtratspräsidenten	4
- Informationen aus dem Gemeinderat	5
- Projekt B.move Verwaltungsraumplanung	6
- Kreditabrechnung; Projekt B.move Verwaltungsraumplanung 2019/2020	11
- Kreditabrechnung; Informatikmittel Lehrplan 21	11
- Geschäftsbericht 2022	11
- Stellungnahmen und Abschreibungsanträge zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen	17
- Postulat GLP-Fraktion betreffend elektronisches Abstimmungssystem für den Stadtrat Burgdorf	
- Jugendantrag betreffend Rollsportanlage Burgdorf	
- Auftrag Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend "Burgdorf Ticket"	
- Auftrag BDP-Fraktion betreffend "Das Essen zum Kind und nicht umgekehrt"	
- Auftrag FDP-Fraktion betreffend Anpassung Abstimmungsreglement, Unterzeichnung von Wahlvorschlägen	
- Auftrag SP-Fraktion betreffend Erstellung eines Sportanlagenkonzepts für die Stadt Burgdorf	
- Überparteilicher Auftrag der BDP / EVP/ SP betreffend «Nur noch 1 Oberstufenzentrum Burgdorf»	
- Motion SP-Fraktion betreffend Stellvertretungsregelung im Stadtrat	
- Postulat EVP-Fraktion betreffend Pflanzung von Bäumen entlang des Einschlagwegs/Brunnmattstrasse	
- Überparteilicher Auftrag der Grünen, der SP und der EVP zur Schaffung eines Inventars der Standorte der gebäudebrütenden gefährdeten Vogelarten sowie Fledermäuse	
- Jugendantrag betreffend legale Wände für Graffiti	
- Auftrag Mitte-Fraktion betreffend „Realisierung einer Solaranlage auf dem Logistikzentrum der Armee in Burgdorf“	
- Auftrag SP-Fraktion betreffend "Senkung Mindestalter Jugend-/Ausländerantrag"	
- Auftrag Die Mitte, FDP und SVP betreffend „Finanzen ins Lot zu bringen“	
- Auftrag SVP-EDU-Fraktion betreffend Outdoor-Fitnesspark Burgdorf	

- Überparteilicher Auftrag der SVP/EDU, Die Mitte, SP, FDP, EVP Fraktionen und Ian Thompson (GLP) betreffend „Sportkonzept der Stadt Burgdorf“
- Auftrag FDP-Fraktion betreffend Information Petition
- Auftrag Grüne Burgdorf betreffend Energiesparmassnahmen
- Überparteilicher Auftrag Grünen, SP, EVP und GLP betreffend Strategie der Localnet AG zur langfristigen Reduktion von CO2 in ihren Geschäftsfeldern

- Auftrag SP-Fraktion betreffend PV-Anlagen auf städtischer Infrastruktur 22

- Überparteilicher Auftrag FDP-, SP-, SVP-EDU-, EVP-, Mitte- und GLP-Fraktion betreffend „Beibehaltung der Feier der 18-Jährigen“ 23

- Überparteilicher Auftrag Grüne Burgdorf, SP, EVP und GLP betreffend Förderung der Wiederverwendung von Wertstoffen 24

- Auftrag SP-Fraktion betreffend Einführung von gratis Menstruationsprodukten in Toiletten von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden 26

- Postulat Die Mitte-Fraktion betreffend Überarbeitung der Schulraumplanung 28

- Interpellation SVP/EDU-Fraktion betreffend Kollegialitätsprinzip 29

- Verschiedenes und Unvorhergesehenes 30

Appell

Der durch die Stimmzählerin Bucher Mirjam durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 35 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadtrat Maier Elias trifft im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2023-651 | Registratur-Nr. 1.7.1

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 15.5.2023

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 34 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung das Protokoll der Stadtratssitzung vom 15. Mai 2023.

SRB: 2023-652 | Registratur-Nr. 1.7.1

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident Greisler Yves begrüsst die Anwesenden zur vierten Sitzung im Jahr 2023. Im Speziellen begrüsst er als Auskunftsperson Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion.

Der Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe. Er hat am Informationsanlass der BLS zum Um- und Ausbau der Werkstatt in der Aula in Oberburg, am Eröffnungsanlass und der Ausstellung der Gedenkfeier ZEDER, Zeichen der Erinnerung, auf der Gebrüder Schnell-Terrasse, als offizieller Vertreter der Stadt Burgdorf an der Eröffnungsfeier der BUGA und der Grossratspräsidentenfeier von Gemeinderat Rappa Francesco teilgenommen. Der Vorsitzende gratuliert an dieser Stelle Gemeinderat Rappa Francesco zur Wahl als Grossratspräsidenten.

SRB: 2023-653 | Registratur-Nr. 1.7.1
Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan informiert, dass Burgdorf als Agglomerationsgemeinde berechtigt ist, beim Aggloprogramm Förderbeiträge einzugeben. Die Stadt Burgdorf hat eine Kürzung von 5 Prozent erhalten. Der Kanton und Burgdorf haben das Gefühl, dass die Kürzung ungerechtfertigt ist. Der Nationalrat hat das Gefühl, dass die Kürzung berechtigt ist. Dabei ging es darum, dass Burgdorf seine Siedlungsmassnahmen nicht umsetzt. Burgdorf kann sie aber nicht umsetzen, weil zum Beispiel das AMP nicht für die zivile Nutzung freigegeben ist, sondern vom Militär benützt wird. Man hat versucht zu lobbyieren, dies mit Hilfe von Pieren Nadja, aber es ist leider nicht gelungen, die Kürzung rückgängig zu machen. Das Resultat war ziemlich deutlich und deshalb macht es keinen Sinn, ein Differenzbereinungsverfahren zu starten. Beim nächsten Aggloprogramm muss Burgdorf noch besser und genauer auf die bekannten Kriterien achten. Am letzten Donnerstag fand die Generalversammlung der Markthalle Burgdorf AG statt. Die Mitglieder des SR wurden vermisst. Das erste Mal resultiert ein positives Ebitda. Man ist jetzt daran, den Auftrag des SR, der vor zwei Jahren überwiesen wurde, und die Covid-Massnahmen aufzuarbeiten. Das entsprechende Geschäft wird voraussichtlich im Herbst im SR traktandiert. Das Thema soll abgeschlossen werden und man will schauen, wie man mit der Markthalle weiterfahren will. Ebenfalls stattgefunden hat die GV der Localnet AG. An der GV waren ein paar Stadtratsmitglieder anwesend. An der GV hat man angefangen die neue Eigentümerstrategie umzusetzen. Im Bereich des Verwaltungsrates hat man neu sieben Mitglieder. Neu gewählt wurden Jost Bruno, zuständig für die Wärmeverbünde, und Gemeinderat Bucher Theophil, zuständig für die Nachhaltigkeit. Zudem konnte heute in der Zeitung die Information zum neuen CO gelesen werden. Man kann sich auf die Zusammenarbeit und die Umsetzung der Eigentümerstrategie freuen.

Gemeinderat Bucher Theophil informiert über die genehmigte Containeranlage im Gsteighofschulhaus. Es sind mehrere Angebote eingetroffen, was erfreulich ist. Man konnte das beste und günstigste Angebot berücksichtigen. Man kann deshalb unter dem Kostendach des SR abschliessen. Burgdorf hatte das Glück, dass eine andere Gemeinde eine solche Baute bestellt hat, aber plötzlich nicht mehr gebrauchen konnte. Das hat zum günstigen Angebot geführt. Die Bewilligung des Regierungsstatthalteramtes liegt vor. Die Baute steht rechtzeitig zum Schulanfang parat. Sie wird noch nicht ganz fertig eingerichtet sein, das dauert rund zwei Wochen länger. Das ist aber kein Problem, weil es sich um Gruppenräume und eine Bibliothek handelt. Grundsätzlich ist man trotz dem engen Fahrplan auf gutem Kurs.

Gemeinderat Rappa Francesco informiert zur Solätte seitens des Werkhofes. In den letzten Jahren hatte man immer Probleme mit dem Abfall und den Toilettenanlagen. Man hat deshalb als Ergänzung einige Anpassungen vorgesehen. Auf der Schützematt, auf der Seite Schützenweg, anstelle der zwei kleinen WC-Wagen wird ein WC-Trailer hingestellt. Dieser WC-Trailer verfügt über ein grosses Angebot an WC-Kabinen, das heisst zwölf WC-Kabinen, acht Urinalbecken und vier Handwaschbecken. Zusätzlich wird in der Oberstadt bei der alten Post eine WC-Anlage analog wie bei der Musikschule aufgestellt. Bei der Abfallentsorgung werden neu 800 Liter Container für den Abfall in der Nähe der WC-Anlagen Alte Post und Musikschule installiert. Entlang der Umzugsrouten werden an den neuralgischen Orten Rollcontainer für die Entsorgung der Abfälle installiert. Diese Container und Abfallkörbe werden nach dem Nachmittagsumzug durch die Mitarbeitenden der Baudirektion geleert. Auf der Schützematt werden zusätzliche Abfallbutler für den Kehricht aufgestellt. Die Reinigung der Schützematt wird während der Solätte durch die Jugendlichen von

HEKS Kick in Zusammenarbeit mit einem Mitarbeitenden der Baudirektion erfolgen. HEKS Kick unterstützt Jugendliche aus der Region Emmental und Oberaargau bei der Lehrstellenfindung. Das Brückenangebot begleitet Jugendliche beim Übergang von der Schule in die Berufswelt. Mit diesem Einsatz sollen sie erste Erfahrung in der Berufswelt sammeln. Nach der Solätte 2023 wird geprüft, ob die zusätzlichen Massnahmen auch Wirkung gebracht haben und wenn nötig werden Anpassungen vorgenommen. Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass an der heutigen Sitzung der SR ein Give-away Sack erhält. Dabei handelt es sich um den Sack, den alle geladenen Gäste anlässlich der Grossratspräsidentenfeier erhalten haben. Es konnten nicht alle Mitglieder des SR teilnehmen und es hat noch übrige Säcke. Deshalb erhält nochmals jedes Stadratsmitglied einen Sack.

SRB: 2023-654 | Registratur-Nr. 1.7.6

Projekt B.move Verwaltungsraumplanung

Verhandlung

Stadratspräsident Greisler Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass man sich mit dem ausserordentlich weitreichenden Traktandum an der ordentlichen Sitzung vom 30. Mai 2023 intensiv befasst hat. Die GPK bedankt sich bei allen zuständigen Stellen für die umfassende Vorbereitung. Die Vorlage ist, wenn man bedenkt, wie komplex das Geschäft ist, sauber und transparent ausgearbeitet. Der Gemeinderat (GR) hat sich die Mühe gemacht, den Zeitplan so zu gestalten, dass der SR immer über die einzelnen Schritte im Bild war. Die Begleitgruppe hat sich als sehr hilfreich erwiesen. Das Geschäft ist während dem Prozess über Umwege an die Öffentlichkeit gelangt, was ungeschickt ist und die GPK rügt ein solches Vorgehen zuhanden der dafür verantwortlichen Personen. Im vorliegenden Geschäft geht es darum den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, das Szenario Lyssachstrasse weiterzuverfolgen, das Projekt B.move weiterzubearbeiten und einen Projektierungskredit auszuarbeiten bis zum Vorprojekt. In der Phase 2 müssen die Anforderungen der Feuerwehr miteinbezogen werden. Es geht nicht darum spezifische Baudetails zu diskutieren. Die GPK bittet, dies in der politischen Diskussion zu berücksichtigen. Die GPK überweist das Geschäft zuhanden des SR zur Behandlung.

Stadtpäsident Berger Stefan teilt mit, dass die Verwaltungsraumplanung in jedem Fall Geld kosten wird. Es stellt sich jetzt die Frage, wie man das Geld einsetzen will. Die Immobilienstrategie wurde aufgeteilt, einerseits in Sanierungsstrategie Unterhalt Bestandesbauten und andererseits in Investition Ersatzneubauten. Die Schulraumplanung ist von der Verwaltungsraumplanung nicht betroffen. Es sind zwei verschiedene Themen, die man jedoch gleichzeitig bearbeiten muss. Bei der Verwaltungsraumplanung kann der Bestandesbau saniert werden und wäre der Status Quo. Es können aber auch Investitionen getätigt werden für einen Neubau. Dabei handelt es sich um die aufgezeigten drei Szenarien. In der Phase 1 erfolgten die Analyse und die strategische Planung. Man hat geschaut, wo es Platz hat. Man hat ein knappes Raumprogramm. Dabei geht es nicht darum, wer wo in welchem Büro sitzt, sondern die Anzahl Arbeitsplätze evaluiert. Die Anzahl Arbeitsplätze ist nicht gleich Anzahl Angestellte. Die Arbeitsplätze können zum Beispiel bei Teilzeitangestellten doppelt belegt werden. Was wollte man mit der Phase 1 erreichen? Man wollte eine Aussage über die räumliche Machbarkeit der verschiedenen Szenarien. Man prüfte die Optionen der Anmiete und das Modell Kooperation mit Partnerinnen und Partner. Man wollte eine Aussage über die

Finanzierbarkeit der verschiedenen Szenarien. Man hat auch abgeklärt, was man für einen Wert für die leeren Areale erzielt, um den Neubau zu finanzieren. Sei dies durch Verkauf im Baurecht der Parzelle oder Liegenschaft. Diese Ziele konnten in der Phase 1 erreicht werden. Der GR kommt basierend auf den vorhandenen Unterlagen klar übereinstimmend zum Schluss, das Szenario Lyssachstrasse, Variante A oder A1, unbedingt weiterzuverfolgen, wenn man mit einem Neubau weiterfahren will. Der Standort Lyssachstrasse ist am besten geeignet und weist das grösste Potenzial auf. Dieses Szenario hat bei allen Kriterien am besten abgeschlossen. Es ist wichtig, dass dieses Projekt am besten abgeschnitten hat. Man diskutiert nicht über eine Turnhalle oder ein Provisorium, sondern über ein Generationenprojekt. Bei diesem Projekt werden mehrere Generationen profitieren und ist für die nächsten 75 oder sogar 100 Jahre vorgesehen. Wichtig beim Szenario Lyssachstrasse ist die längerfristige Finanzierung der Neubauten im Baurecht und die Kostenreduktion im Betrieb und Unterhalt sowie wirtschaftlichere Lebenszykluskosten. Es bietet zudem die Möglichkeit vom genossenschaftlichen Wohnen und preisgünstigem Wohnen, weil Areale frei werden. Wie geht es weiter, wenn der SR heute dem Projekt Lyssachstrasse zustimmt? Wenn der SR zustimmt, wird für die nächste Projektphase ein neuer Planungskredit ausgearbeitet, der vom SR genehmigt werden muss. Dieser dient zur Klärung von verschiedenen Fragen. Der Bericht zum Verkehr und der Feuerwehr muss überarbeitet werden. Es muss geklärt werden, ob die notwendigen Sachen und Forderungen eingehalten werden können. Wie können die Gefahren des Hochwasserschutzes eingehalten werden? Die Vor- und Nachteile gegenüber den anderen Standorten müssen geklärt werden. Die Gefahrenkarte, welche im Internet heruntergeladen werden kann, ist alt und entspricht nicht mehr den neusten Ereignissen. Die Baudirektion überarbeitet diese im Moment. Es braucht möglicherweise planrechtliche Anpassungen. Es muss geklärt werden, ob es ein Planungsverfahren braucht. Dies wird mit dem AGR gemacht. Die Organisation der Stadtverwaltung muss ebenfalls überprüft werden. Es braucht eventuell auch strukturelle Anpassungen. Es wird eine permanente Risikobeurteilung erstellt. Es wird allenfalls bis zur Erarbeitung eines Wettbewerbes gehen. Das weiss man noch nicht genau, eventuell erfolgt der Wettbewerb in einer späteren Phase. Die Anträge liegen dem SR vor. Der Bericht kann mit gutem Gewissen zur Kenntnis genommen werden. Der GR ist gespannt auf die Diskussionen über die nächsten Punkte der Anträge. Zur Erinnerung, der Status Quo wie auch ein Neubau werden etwas kosten. Es ist zudem ein Projekt für mehrere Generationen.

Stadträtin Maurer Roschi Franca, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man allen vier Punkten zustimmen wird. Das Projekt tönt spannend und birgt grosses Potenzial. Die Grüne-Fraktion freut sich, bei diesem Potenzial in der Begleitgruppe mitzuwirken. Das Projekt wurde bis jetzt vorbildlich erarbeitet und kommuniziert. Es ist ein vorbildliches Grossprojekt, wie es immer sein sollte. Bitte weiter so!

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt allen Beteiligten für die spannende und umfassende Vorstudie zur Standortwahl des neuen Verwaltungsraums. Die Studie dient als Entscheidungshilfe, um mit den Projektvarianten Status Quo, Heimiswilstrasse, Lyssachstrasse und Suttergut Nord die beste Lösung zu finden. Ziele und Anforderungen an den Verwaltungsraum sind klar festgelegt worden. Nach zwei Jahren ist die erste Phase des Projektes abgeschlossen und der entsprechende Bericht fertig gestellt. Die umfangreichen Unterlagen zum Geschäft B.move sind übersichtlich aufgebaut und transparent für den SR ersichtlich. Die Organisation und der zeitliche Ablauf des komplexen Projekts haben einen offenen Austausch der beteiligten Personen gewährleistet. Das Projekt wurde von Anfang an durch Vertreter aus dem SR und durch unabhängig externe Fachstellen begleitet. Offene Fragen wurden am 15. Mai 2023 im SR beantwortet. Damit sind die Grundlagen für einen Standortentscheid vorhanden. Die Zusatzkosten für die Vorstudie sind aus Sicht der Mitte-Fraktion nötig gewesen, um die Entscheidungsgrundlagen zu schaffen, damit

zielgerichtet weitergearbeitet werden kann. Die Mitte-Fraktion kann den Standortentscheid Lyssachstrasse nachvollziehen, weil dort eine moderne Verwaltung mit rationellen Arbeitsabläufen und hohen energetischen und ökologischen Ansprüchen am besten umgesetzt werden. Man rechnet fest damit, dass das Feuerwehrmagazin auch an der Lyssachstrasse integriert werden kann. Das Projekt Lyssachstrasse dürfte hohe Anfangsinvestitionskosten nach sich ziehen und muss deshalb rasch in eine langfristige Finanzplanung integriert werden. So können auch die Auswirkungen auf die städtischen Finanzen entsprechend aufgezeigt werden. Der Schulraum kommt auch noch dazu sowie die Klimaziele 2030. Es hat noch einige grosse Projekte. Die Mitte-Fraktion ist aber überzeugt, dass eine Konzentration der Verwaltung an der Lyssachstrasse, trotz hohen Anfangsinvestitionen durch die tiefen Betriebskosten, langfristig betrachtet, die günstigste Lösung darstellt. Die Mitte-Fraktion stimmt den Anträgen zu.

Stadträtin Fankhauser Claudia, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man die Ziele des GR unterstützt, die Verwaltung effizient und bürgernah zu gestalten. Stadträtin Fankhauser Claudia war selber in der Begleitgruppe B.move dabei und bewertet das Vorgehen als sehr positiv. Die Unterlagen sind sehr umfangreich und die Fragen zu den verschiedenen Projekten wurden ausführlich diskutiert und beantwortet. Von den drei vorgestellten Varianten unterstützt die FDP-Fraktion das Projekt Lyssachstrasse. Eine Zentralisierung der Verwaltung spart Kosten bei der Miete, dem Unterhalt und dem Personal. Für die Bürgerinnen ist eine zentrale Verwaltung vorteilhaft, weil alles unter einem Dach ist. Die Zentralisierung verbessert die Kommunikation der einzelnen Verwaltungen. Die Kosten für die Erstellung werden durch den Verkauf der Liegenschaften und durch Baurecht gesichert. Die Bauparzelle befindet sich bereits im Eigentum der Stadt Burgdorf. Die städtische Entwicklung in diesem Raum ist sinnvoll. Mit dem Suttergut entsteht ein neues Quartier, was mit der Entwicklung der Lyssachstrasse verbunden werden kann. Aus Sicht der FDP-Fraktion muss der Standort der Feuerwehr zwingend an der Lyssachstrasse angeordnet sein, weil sonst die Finanzierung nicht gesichert ist und die positiven Aspekte der Zentralisierung nicht erfüllt werden können. Für die Probleme mit der Feuerwehr müssen Lösungen gefunden und auch nachgewiesen werden. Dies kann zusammen mit der nächsten Planungsphase erfolgen. Die FDP-Fraktion dankt der Verfasserinnen für die umfangreiche Planung und die gute Qualität.

Stadträtin Marti Debra, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man die Begleitgruppe zum Projekt B.move begrüsst hat und jede Partei vertreten war. Ausserdem war es sehr hilfreich, dass das Projekt zuerst an der Informationsveranstaltung diskutiert werden konnte, so dass sich die vielen Informationen zu diesem komplexen Projekt noch etwas setzen konnten. Die SP-Fraktion würde es begrüssen, wenn die Begleitgruppe im Fall einer Weiterführung als Soundingboard oder einer ähnlichen Form weiter bestehen bleibt. Heute wird darüber abgestimmt, ob und wo das Projekt weiterverfolgt werden soll. Klar ist, dass das Projekt kosten wird. Man darf aber nicht vergessen, dass man sämtliche Sanierungen der bestehenden Gebäude mehrere Jahre zurückgestellt hat und diese fallen in naher Zukunft an und werden auch kosten. Auf längere Zeit werden die immer wieder notwendigen Sanierungen definitiv mehr kosten als ein kompletter Neubau, bei dem zum Beispiel weniger Raum für einzelne Arbeitsplätze nötig sein wird als es beim Status Quo der Fall ist. B.move ist ein Generationenprojekt und von den tieferen Kosten werden hauptsächlich die nachfolgenden Generationen profitieren. Es ist doch definitiv ein besseres Zeichen, ihnen eine Verwaltung mit einer kostengünstigen Zukunft zu hinterlassen als ein Fass ohne Boden, was der Status Quo auf längere Sicht definitiv sein würde. Es darf auch nicht vergessen werden, auch die Sanierung der bestehenden Gebäude wird viele Ressourcen binden. Wenn jetzt jemand befürchtet, dass B.move die Schulraumplanung gefährdet, weil zu viele Ressourcen gebunden werden, muss daran denken, dass es für die Sanierung nicht weniger Ressourcen braucht. Die Schulraumplanung ist durch B.move nicht gefährdet, besonders weil die beiden Projekte absolut unabhängig voneinander finanziert und

umgesetzt werden. Wenn man jetzt von Kosten spricht, muss festgehalten werden, dass man heute nicht über ein Projektionskredit spricht und man dem GR keinen Blankocheck ausstellt. Über den Projektionskredit wird später abgestimmt. B.move bietet viele Chancen. Es werden Areale frei, wenn die Verwaltung zentralisiert ist. Diese Areale können im Baurecht abgegeben werden, was Einnahmen generiert und finanziell sehr interessant ist. Ausserdem kann oberhalb der neuen Verwaltung eine Zusatznutzung möglich werden, wie zum Beispiel preisgünstiger Wohnraum. Wichtig zu beachten ist, dass das Projekt nur umgesetzt wird, wenn es Hieb und Stichfest ist. Es geht heute noch nicht um den Spatenstich, wir legen lediglich fest, wo ein möglicher Standort sein könnte. Deshalb sind die Finanzen heute noch kein zentraler Punkt, auch wenn sie nicht vernachlässigt werden dürfen. Die SP-Fraktion wird aus diesen Gründen dem Antrag des GR zustimmen.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man den Anträgen des GR zustimmen wird. In der Begleitgruppe war die GLP-Fraktion durch Stadtrat Thompson Ian vertreten. Er hat die GLP-Fraktion nach der Sitzung der Begleitgruppe regelmässig informiert. Diesen Prozess erachtet man als wertvoll und wichtig. B.move ist ein sehr grosses Projekt und Generationenübergreifend. Mit der Schulraumplanung hat man ein weiteres sehr grosses Projekt. Es wird zwar gesagt, dass die zwei Projekte unabhängig voneinander sind. Trotzdem ist die Wahrscheinlichkeit da, dass es irgendwann einen Zielkonflikt geben kann, bei welchem Projekt man mehr Ressourcen einsetzen will. Die GLP-Fraktion erwartet im Zweifelsfall den Entscheid zugunsten der Schulraumplanung. Eine Verzögerung bei B.move ist eher tragbar als bei der Schulraumplanung. Diese Erwartungshaltung wird auch so kommuniziert.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass nach langer Vorbereitung es nun endlich soweit ist und der SR heute Abend über das Projekt B.move Phase 1 entscheiden kann. Es ist ein grosses und richtungsweisendes Projekt für die kommenden Generationen von Burgdorf. Die lange Vorlaufzeit hat sich gelohnt. Dem SR liegen heute viele und vertiefte Unterlagen vor, um die Phase 1 abzuschliessen und dann die Phase 2 zu starten. Für das gewählte Vorgehen, unter anderem mit der Begleitgruppe, dankt die SVP-EDU-Fraktion. Mit dem gewählten Prozess ist sichergestellt worden, dass im Rat genügend und vor allem verständliche Daten vorliegen, um das Projekt in die nächste Phase bringen zu können. Ein für Grossprojekte sicher zielführender Weg. In der Diskussion innerhalb der Fraktion sind trotzdem noch Fragen aufgetaucht. Vielleicht können diese heute Abend noch beantwortet werden. Erstens zu den personellen Ressourcen. Anlässlich der Fragestunde im Rat wurde erwähnt, dass das Projekt B.move und Schulraumplanung ohne zusätzliche personellen Ressource geplant werden können. Im Rathausgespräch hat Stadtpräsident Berger Stefan wiederum erwähnt, dass die Projekte nicht ohne zusätzliche personelle Ressourcen umgesetzt werden können. Man möchte deshalb noch Klarheit, wo muss was und wieviel aufgestockt werden? Was heisst das in Zahlen? Zweitens zu den Liegenschaften im Kirchbühl. Aus Rückmeldungen von Altstadtdeattillisten geht hervor, dass sie sich durchaus berechnigte Gedanken machen, wenn B.move umgesetzt wird, was mit den städtischen Liegenschaften am Kirchbühl passiert. Es ist durchaus nachvollziehbar, dass ein Wegzug im ersten Moment ein Verlust von potenziellen Kunden und somit auch Existenzängste auslöst. Als betroffener Detaillist im gleichen Moment auch eine Chance zu sehen, ist schwierig. Deshalb gehört zur sorgfältigen und nachhaltigen Planung von B.move ebenfalls auch die Planung der künftigen Nutzungen der freiwerdenden Liegenschaften. Um die Altstadt für alle attraktiv, dabei denkt mach auch ökonomisch, und lebendig zu halten, ist es zwingend, dass die Leerstände, ausgelöst durch ein städtisches Projekt, zu vermeiden sind und bei neuen Nutzungen die Bauphase so kurz wie möglich gehalten wird. Wie geht man damit in Phase 2 um? Betreffend Feuerwehr wird der Entscheid des GR begrüsst, dass zuerst alle Daten der flankierenden Massnahmen zwingend zur Verfügung stehen müssen bevor der endgültige Standortentscheid gefällt werden kann. Je nach Entscheid hat es

dementsprechend grosse Auswirkungen auf das Projekt. Man erwartet, dass der SR frühzeitig und ausreichend darüber informiert wird. Die SVP-EDU-Fraktion wird den Anträgen des GR in allen Punkten folgen. Man wünscht aber, dass die Begleitgruppe auch für die Phase 2 in irgendeiner Form beibehalten wird und dementsprechend beigezogen wird. Man sieht im Projekt Chancen, dass man sich weiterentwickeln kann und künftigen Generationen Perspektiven bietet, damit sie nicht mit zusätzlich jahrelangen aufgeschobenen Investitionen konfrontiert werden müssen.

Stadtpräsident Berger Stefan dankt für die Fragen. In der Phase 2 wird abgeklärt, was mit den Liegenschaften im Kirchbühl passieren soll. Die Möglichkeiten und zukünftigen Nutzungen werden abgeklärt. Genauere Details können heute noch nicht gesagt werden. Betreffend der Feuerwehr ist man gleicher Meinung. Es muss ein Projekt sein, das hieb und stichfest ist. Die Sicherheit der Burgdorferinnen und Burgdorfer muss jederzeit gewährleistet sein. Es gibt diesbezüglich keine Experimente. Es ist ein wichtiger Teil, welcher ebenfalls in der Phase 2 abgeklärt wird. Bei der Frage betreffend die personellen Ressourcen, ob es selber gemacht wird oder extern im Mandat erfolgt, ist noch unklar. Man weiss noch nicht, wie viel auf uns zukommen wird. Man hat bereits mit vielen externen zusammengearbeitet. Bei der Stadtentwicklung hat man sehr viel zu tun. Allfällige Kosten für externe Unterstützung wird im Projektierungskredit ersichtlich sein. Es ist jedoch nicht geplant, dass die Verwaltung mit zehn Planern aufgestockt wird. Bei der Schulraumplanung wird es je nachdem auch nötig sein und gewisse Fixkosten werden anfallen.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass keine abschliessende Antwort erwartet wurde. Wichtig ist jedoch, dass das Anliegen aufgenommen wurde und der SR regelmässig darüber informiert wird.

Abstimmung

1. Der Stadtrat nimmt den Bericht Projekt B.move Verwaltungsraumplanung 2019/2020 zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat beschliesst, das Szenario Lyssachstrasse weiterzuverfolgen
3. Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat, das Projekt B.move weiter zu bearbeiten und ein Projektierungskredit bis Vorprojekt auszuarbeiten.
4. Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat, in Phase 2 des Projekt B.move spezifisch die Anforderungen der flankierenden Massnahmen der Feuerwehr zu vertiefen und nachzuweisen, basierend darauf erfolgt der Standortentscheid zum Feuerwehrmagazin in einer späteren Phase.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

Stadtpräsident Berger Stefan dankt dem SR für das Vertrauen und die Unterstützung. Der SR wird rechtzeitig orientiert und die Begleitgruppe wird aufrechterhalten.

SRB: 2023-655 | Registratur-Nr. 1.7.6

Kreditabrechnung; Projekt B.move Verwaltungsraumplanung 2019/2020

Verhandlung

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Dür Hemann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass eine Kreditüberschreitung von 26 Prozent vorliegt. Wenn es wieder einmal eine Abweichung von 26 Prozent geben wird, dann bitte mit umgekehrtem Vorzeichen.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung für die Projektierung Phase 1 Projekt B.move Verwaltungsraumplanung mit Ausgaben von CHF 238'709.50 und enthaltend Mehrausgaben von CHF 48'709.50, wird genehmigt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Kreditabrechnung.

SRB: 2023-656 | Registratur-Nr. 1.7.2

Kreditabrechnung; Informatikmittel Lehrplan 21

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht

Abstimmung

Die Kreditabrechnung über die Informatikmittel Lehrplan 21 wird mit Ausgaben von CHF 637'020.90 und Minderausgaben von CHF 17'972.10 genehmigt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Kreditabrechnung.

SRB: 2023-657 | Registratur-Nr. 3.4.6

Geschäftsbericht 2022

Verhandlung

Stadratspräsident Greisler Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass am 11. Mai 2023 die GPK im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung mit dem GR den Geschäftsbericht behandelt hat. Als Auskunftspersonen standen der gesamte GR sowie von Seiten der Verwaltung Stadtschreiber Ghioldi Stefan und Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, zur Verfügung. Wie gewohnt wurden die kritischen Fragen der GPK kompetent beantwortet. Um die Sitzungseffizienz zu erhöhen, wurden Fragen zu den einzelnen Abteilungen im Vorfeld der Sitzung individuell unter Zuhilfenahme des hervorragend

funktionierenden Onlinetools geklärt. Das erneut frühzeitige Ansetzen der Sitzung hat Früchte getragen. Man geht davon aus, dass die Fraktionen nicht mehr viel Korrekturpotenzial gefunden haben. Dem GR, der Verwaltung und der GPK sei Dank. Erneut wurde ebenfalls ein externes Lektorat eingesetzt, was die sprachliche Qualität des Berichtes nochmal verbessert hat und auf einem sehr hohen Niveau ist. Der Geschäftsbericht 2022 wurde korrekt nach HRM2 erstellt. Struktur und Aufbau des Geschäftsberichtes sind bekannt. Die Übersichtlichkeit, der Informationsgehalt und die Darstellung sind sehr gut. Der Geschäftsbericht bietet der Leserschaft mit erträglichem Zeitaufwand interessante Informationen zur Stadt Burgdorf über das vergangene Jahr. Insbesondere der Kompass wird von der GPK erneut als sehr wertvolles Instrument geschätzt. Die GPK dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. An dieser Stelle folgen normalerweise die Ausführungen zur Ergebnisprüfung. Diese fand am 25. Mai 2023 statt. Der Sitzungsintervall liess es allerdings nicht zu, dass die verifizierten Ergebnisse heute bereits vorliegen. Deshalb wird die Ergebnisprüfung an der nächsten Stadtratssitzung als gesonderter Punkt traktandiert. Trotzdem kann die GPK mit gutem Gewissen bestätigen, dass der Geschäftsbericht aussagekräftig und richtig ist. Die Überprüfung einiger Wirkungs- und Leistungsziele wurden von der GPK mehrfach angesprochen, ist erkannt und mehrheitlich auch in Bearbeitung. Die GPK verzichtet darauf, die Jahresrechnung im Detail zu erläutern. Die zuständige Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice wird diese Aufgabe sicherlich übernehmen. Grundsätzlich präsentiert sich die Jahresrechnung erneut ordentlich. Sie schliesst in der Erfolgsrechnung mit einem Überschuss von gut 6.5 Mio. Franken ab, erneut deutlich besser als budgetiert. Allerdings wird die Entnahme aus den Neubewertungsreserven von knapp 5 Mio. Franken in drei Jahren vorbei sein. Die Wertkorrekturen bei den Liegenschaften von plus 2.4 Mio. Franken wird es wohl auch nicht mehr geben. Sorgen machen sollte allerdings die Investitionsrechnung mit einem Ausschöpfungsgrad von lediglich 42 Prozent. Das heisst, die Stadt Burgdorf hat im Jahr 2022 über die Hälfte der geplanten Investitionen schlicht nicht ausgelöst. Das kann sich in Zukunft rächen, die notwendigen Investitionen bergen die grosse Gefahr einer künftigen Fremdkapitalerhöhung. Die knapp 48 Mio. Franken in den Vorfinanzierungen durch die Einlage der Gewinne sind zwar schön, aber die effektiven flüssigen Mittel, um dann die Vorfinanzierung zu bezahlen sind nicht vorhanden. Zudem muss in künftigen Budgets wohl auch mit höheren Fremdkapitalzinsen gerechnet werden. Zusammengefasst kann wohl gesagt werden, dass sich die finanzielle Lage der Stadt Burgdorf einigermaßen ordentlich präsentiert, es aber insbesondere aufgrund der anstehenden Investitionsausgaben wahrlich keinen Grund zur Euphorie gibt. Dazu kommt, dass nach HRM2 sämtliche aktivierte Positionen abgeschrieben werden müssen, was künftige Erfolgsrechnungen weiter belasten wird. Auch die Zuverlässigkeit respektive die fehlende Zuverlässigkeit betreffend kantonale Abgaben und kantonalem Lastenausgleich erschwert die seriöse Finanzplanung auf Stufe Gemeinde. Der Krieg in der Ukraine sowie die unsichere Zinsentwicklung im gesamten Marktumfeld machen die Arbeit auch nicht einfacher. Die GPK dankt allen am Erstellen des Geschäftsberichtes beteiligten Personen und empfiehlt dem SR einstimmig, die Beschlussanträge des GR und somit den Geschäftsbericht 2022 zu genehmigen. Die erneute Bitte an die einzelnen Fraktionen, sich kurz zu halten, damit wir nicht unzählige Male dieselben Worte hören müsse, sind an dieser Stelle wie jedes Jahr höflich angebracht.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice dankt dem Präsidenten der GPK für die ausschweifenden Erläuterungen. Es wird zu Wiederholungen kommen, weil bereits sehr detailliert informiert wurde. Die Tabellen im Kompass sind interessant. Die Stadt Burgdorf hat immer eine unangemeldete Zwischenrevision und eine angemeldete Vorrevision sowie eine Schlussrevision zur Rechnung. Der Revisionsbericht bestätigt, dass die Rechnung ordnungsgemäss geführt wird und zur Genehmigung empfohlen wird. An dieser Stelle ein Dank an Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, und Käser Jens, Leiter Finanzen, für die Rechnungsführung. Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice informiert über die Rechnung. Der Geschäftsbericht ist ein gemeinsames Produkt der Präsidialdirektion und

Finanzdirektion sowie der Direktionen. Der Abschluss ist um 4.9 Mio. Franken besser ausgefallen als budgetiert. Im Gesamthaushalt resultiert ein Plus von 6.6 Mio. Franken. Im allgemeinen Haushalt resultiert ein Plus von 7.1 Mio. Franken. Dieses Ergebnis hat es uns ermöglicht Schulden abzubauen, aber das Cash in und out ist nicht zufriedenstellend. Es gibt keine Möglichkeit die Liquidität zu verbessern, wenn man weiss woher die Liquidität in der Regel herkommt. Mit einer Steuererhöhung will man nicht in den SR. Der Gewinn könnte vollumfänglich dem Finanzüberschuss zugeführt werden. Die Finanzdirektion schlägt in diesem Jahr eine Aufteilung vor. Der GR unterstützt diese Aufteilung. Normalerweise hat man den ganzen Betrag in die Spezialfinanzierung Schulanlagen und Verwaltungsgebäude eingelegt. In diesem Jahr hat man einen buchhalterischen Gewinn erzielt aus dem Finanzvermögen und deshalb möchte man eine Aufteilung machen. Ein Teil soll in das Finanzvermögen in die Spezialfinanzierung Unterhalt Liegenschaften und ein Teil soll in die Spezialfinanzierung Schulanlage und Verwaltungsraum. Ein weiterer Teil soll in die Schwankungsreserve eingelegt werden. Was hat das Resultat positiv verändert? Es gibt minimal tiefere Personalkosten als budgetiert. Da auch wenig investiert wird, sind die Abschreibungen erneut wieder tiefer. Es ist ein Anstieg des Finanzertrages zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um Marktwertanpassungen bei den Liegenschaften, die im Finanzvermögen zu einem Plus geführt haben. Es ist ein Minderaufwand beim Beitrag an den öV zu verzeichnen. Ein Minderaufwand ist zudem beim Lastenausgleich Sozialhilfe zu verzeichnen. Ein markanter Mehrertrag ist bei den Fiskalbeiträgen wie Quellensteuern, Gewinnsteuer und Grundstückgewinnsteuer zu verzeichnen. Andere Jahre wird es wieder anders aussehen. Es konnte ein Mehrertrag bei den Entgelten und dem Disparitätenabbau verzeichnet werden. Mehraufwand wurde beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand verzeichnet. Die Heizkosten sind vor allem ins Gewicht gefallen. Bei den Steuererträgen der natürlichen Personen und den juristischen Personen ist ein Minderertrag zu verzeichnen. Ein Mehraufwand ist bei den Liegenschaften, vor allem im Finanzvermögen, durch baulichen Unterhalt zu verzeichnen. Im Kornhaus mussten die Heizung, Lüftung und Gebäudeautomation erneuert werden. Das Eigenkapital ist leicht gewachsen und beträgt 98.4 Mio. Franken. Die Investitionen betragen lediglich 2.6 Mio. Franken statt wie geplant 9.5 Mio. Franken. Das ist, wie es der Vorredner bereits gesagt hat, viel zu wenig. Die Gründe sind im Geschäftsbericht aufgeführt und wurden begründet. Bei den Darlehen bei Banken, Versicherungen und Pensionskassen handelt es sich um längerfristige Verbindlichkeiten und konnten von 95 auf 88 Mio. Franken reduziert werden. Hingegen sind die kurzfristigen Verbindlichkeiten von 8 auf 13 Mio. Franken gestiegen. Gesamthaft betragen per 31. Dezember 2022 die Schulden 101 Mio. Franken. Im letzten Jahr gab es noch Negativzinsen und man hat noch Geld aufgenommen, um damit zu verdienen. Die Schulden waren im Januar bereits wieder viel tiefer. Massgebend ist jedoch der 31. Dezember 2022. Bei den diversen Spezialfinanzierungen gibt sich eine leichte Abnahme von 2 Mio. Franken, bei einem Total von 22.8 Mio. Franken. Bei den Vorfinanzierungen gibt es eine Zunahme von 6.2 Mio. Franken. Bei den diversen Fonds möchte man eigentlich das Geld besser in Umlauf bringen. Die Fonds werden zum Teil zusammengelegt. Zudem muss geklärt werden, was man neu damit machen kann, weil es sich um alte Fonds handelt und für was die Fonds ursprünglich angelegt wurden. Insgesamt hat die Stadt Burgdorf 73.2 Mio. Franken, die reserviert sind und klar festgelegt ist, für was dies gebraucht werden. Der Lastenausgleich ist einigermaßen in einer flacheren steigenden Kurve, aber immer noch leicht höher als erwartet und budgetiert. Es ist aber anders als es der Kanton vor fünf Jahren prognostiziert hat und man mit einem extremen Wachstum konfrontiert war. Die Stadt Burgdorf ist selber auch Darlehensgeber bei den Tochtergesellschaften. Dabei sind 45.9 Mio. Franken als Darlehen vergeben, welche zum Teil auch mit Zinsen Einnahmen generieren. An dieser Stelle ein Dank an die GPK für ihre Arbeit. Der GR bittet den SR die Jahresrechnung zu genehmigen.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass eine gewaltige Arbeit vorliegt. Es liegen drei Dokument vor mit zusammengezählt über 250 Seiten. Es steckt ein riesiger Aufwand dahinter. Stadtrat Stettler Andreas schreibt auch einige Geschäftsberichte und bekommt auch viele zum Anschauen und stellt immer fest, dass das Schreiben von Geschäftsberichten viel Zeit benötigt sowie auch die Gestaltung und Prüfung des Berichtes. Die neuen Berichte kommen tendenziell knackiger und kürzer daher sowie mit vielen Bildern und Grafiken und viel weniger Text. Die FDP-Fraktion dankt allen Beteiligten der Verwaltung für ihre Arbeit, die sie machen mussten. Nach der Einleitung erfolgt die Auflistung des SR, der Bericht richtet sich aber an uns. Was haben wir davon alles gelesen und was brauchen wir wirklich? Das Verhältnis ist nicht ideal und in Zukunft soll ein Weg gefunden werden um Zeit zu sparen. Das Wichtigste ist der Kompass. Stadtrat Stettler Andreas beschränkt sich auf die Seiten 3, 6 und 9, weil es nicht mehr braucht, um zur Jahresrechnung etwas zu sagen. Das Endergebnis tönt sehr positiv, aber wenn man wiederum auf das betriebliche Ergebnis schaut auf der Seite 3 sieht es nicht gut aus. Gegenüber dem Jahr 2021 beträgt die Differenz 45 Prozent beziehungsweise das grössere Defizit, das gemacht wird. Der Aufwand wird höher und der Ertrag wird kleiner. Das macht Sorgen. Das Finanzergebnis ist positiv. Die Gründe hat bereits der Sprecher der GPK erwähnt. Man muss wissen, dass beim ausserordentlichen Ergebnis die Quelle einmal versiegen wird. Wenn man die Details bei der betrieblichen Tätigkeit auf der Seite 6 anschaut, macht man sich Sorgen über die Steigerung von über 3 Prozent der Personalkosten gegenüber dem Jahr 2021. Der SR hat über Saläranpassungen diskutiert, dabei sind die Rotationsgewinne nicht dabei, aber hingegen in der Jahresrechnung schon. Deshalb gefällt der Anstieg der Personalkosten von 3 Prozent gar nicht. Bei den Investitionen wurde bereits erwähnt, dass die Ausnützungsquote unbefriedigend ist. Man weiss, dass es Geschichtsschreibung ist und nichts mehr zu verhandeln gibt, die Facts liegen vor. Deshalb wird die FDP-Fraktion den Anträgen zustimmen, weil man es nicht ändern kann. Es wird jedoch appelliert in Zukunft mehr darauf zu achten. Man hat einen Hoffnungsschimmer, dass man den Fokus auf das betriebliche Ergebnis legen will und ausgeglichen sein soll. Das ist wichtig und dass man eine Null erreicht. Das ist für die Zukunft wichtig. Die FDP-Fraktion wird zustimmen, aber nicht mit Freude, sondern im Gegenteil, man ist eher überrascht.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für den ausführlichen Geschäftsbericht und das positive Ergebnis. Die neue Form des Geschäftsberichtes ist gut lesbar, aber auch sehr umfangreich. Die ergänzenden Grafiken und Diagramme sowie der Vergleich zum Budget im Vorjahr im Kompass sind übersichtlich und tragen zum besseren Verständnis der vielen Zahlen bei. Im Vorwort des Geschäftsberichtes steht, dass aus finanzieller Sicht das Geschäftsjahr erfolgreich war und besser als budgetiert abgeschlossen werden konnte. Das hätte in Anbetracht des turbulenten Jahres, mit Krieg in der Ukraine und der drohenden Energieknappheit, aber auch anders ausfallen können. Glücklicherweise kam es nicht so. Dass die Rechnung aber trotzdem positiv abschliesst, hat aber vor allem einen buchhalterischen Grund. Dazu gehören die Auflösung der Spezialreserven und die Neubewertung der Liegenschaften. Auch die markant tieferen Investitionsausgaben haben ihren Teil dazu beigetragen. Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit mit 5.8 Mio. Franken und das operative Ergebnis mit Fr. 474'000.-- bleibt weiterhin negativ. Auffallend ist auch der steigende Personalaufwand in den letzten Jahren. Gegenüber der Rechnung 2021 sind es plus Fr. 800'000.--. Zudem haben auch die Personalarückstellung um weitere Fr. 130'000.-- zugenommen und betragen bereits 1.52 Mio. Franken. Die hohe Teuerung hat im Jahr 2022 wohl auch einen Teil dazu beigetragen, dass der Mehraufwand beim Sach- und Betriebsaufwand höher war. Erfreulich ist die Entwicklung der Steuererträge. Die langfristigen Schulden sind auf 88 Mio. Franken gesunken und dafür sind die kurzfristigen um 13 Mio. Franken gestiegen. Gesamthaft ergibt das wieder 101 Mio. Franken und damit natürlich keine Verbesserung. Die Zinskosten der langfristigen Schulden betragen zurzeit Fr. 900'000.-- und das bei einem relativ tiefen Zinssatz von 0.9 Prozent. Mit steigenden Zinsen dürfte

sich der Betrag in den nächsten Jahren deutlich erhöhen. Das Ergebnis erlaubt, wie bereits in den Vorjahren, hohe Einlagen in die Spezialfinanzierungen von gesamthaft 7.1 Mio. Franken. Im Hinblick auf die bevorstehenden grossen Bauprojekte dürfte das wohl nötig sein. Die finanziellen Aussichten haben sich bei den steigenden Kosten beim Personal, Sachaufwand und Zinsen nicht verbessert. Um einen Investitionsstau zu vermeiden, dürfen die Investitionen nicht auf diesem tiefen Niveau bleiben. Spätestens nach der Auflösung der Neubewertungsreserve im Jahr 2025 wird es kein finanzielles Polster mehr geben, um die Rechnung auszugleichen. Für die nächsten Jahre sind deshalb weitere Anstrengungen nötig, um das Ergebnis zu verbessern. Immerhin soll gemäss Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice keine Steuererhöhung stattfinden. Man ist in diesem Sinn gespannt auf die Zahlen vom Budget 2024 und im MIP. Die Mitte-Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Stadträtin Kalbermatten Mirjam, namens der SVP-EDU-Fraktion, dankt der Verwaltung für die ansprechende Darstellung und die vermehrten Erklärungen im Geschäftsbericht. Insbesondere die Verlinkung im Inhaltsverzeichnis hat die Prüfung vereinfacht. Jedoch wird die Darstellung des Gesamtergebnisses kritisiert. Es fehlt der wesentliche Kommentar dazu. Es sind erstens die nicht wiederholbare Aufwertung der Immobilien und zweitens die Vergrösserung des Investitionsstaus. Es ist nicht alles Gold was glänzt. Die Darstellung des Gesamtergebnisses gibt eine falsche Sicherheit. Es wurde Finanzkosmetik betrieben. Die Ordnungsmässigkeit der Rechnung wird nicht kritisiert. Die SVP-EDU-Fraktion ist jedoch der Meinung, dass die 2.4 Mio. Franken aus der Neubewertung der Liegenschaften nicht im operativen Ergebnis einfließen sollten, sondern als ausserordentlicher Ertrag aufgeführt werden. So wäre das operative Ergebnis markant schlechter, was der Realität entspricht. Weiterhin besteht ein Investitions- und Unterhaltsstau. Der Ausschöpfungsgrad bei den Investitionen gegenüber den geplanten Vorhaben im Budget 2022 beträgt lediglich 42 Prozent. Mit den aktuellen Stadtfinanzen liegt Wünsche erfüllen, wie wir später an dieser Sitzung noch darüber behandeln, einfach nicht drin. Mit der aktuellen Stadtfinanzen liegen die Wunscherfüllungen, wie wir noch später an diesem Abend darüber diskutieren, nicht mehr drin. Die SVP-EDU-Fraktion zieht dementsprechend ein Fazit. Das schlechte operative Ergebnis erachtet man als beunruhigend. Es wird künftig gewünscht, dass das Wesentliche beim Kommentar zum Gesamtergebnis hervorgehoben wird. Man appelliert an den GR und SR zur Zurückhaltung bei finanziellen Begehrlichkeiten.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit zum Geschäftsbericht und anerkennt diese auch. Der Jahresbericht ist eine Zwischenbilanz. Die GLP-Fraktion wird den Anträgen zustimmen. In der Budgetdiskussion im letzten Jahr hatte man eine sehr gute Diskussion gehabt. Dabei wurde auch der richtige Weg eingeschlagen und man geht davon aus, dass man so weiterfahren wird. Die Annahme des Geschäftsberichtes ist ein Zwischenschritt auf denen, die noch folgen werden. Man rechnet damit, dass man in einen ausgeglichenen Haushalt kommen wird, wie dies auch immer möglich sein wird.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, zitiert aus dem Geschäftsbericht Seite 120: "Die fetten Jahren sind wohl vorbei. Vielleicht können wir in Zukunft auch nicht einfach nur vom Bestehenden und Gewohnten ernten, vielleicht steht wieder eine Zeit des Säens bevor." Die SP-Fraktion sieht es ein bisschen weniger kritisch, aber die Anekdote vom Ernten und Säen passt doch sehr gut. So hat die Stadt Burgdorf im Jahr 2022 Nettoinvestitionen von rund 2.6 Mio. Franken getätigt. Erfreulich ist, dass Neuinvestitionen derzeit vollständig selbstfinanziert und mittelfristig Schulden abgebaut werden können. Die Erfolgsrechnung, Bilanz, etc. konnten alle selber lesen und die Zahlen haben wir heute bereits mehrmals gehört. Finanziell gesehen, war es kein fettes Jahr, aber die Finanzen präsentieren sich solide. Die Finanzkennzahlen zeigen im Vergleich zum 5-Jahresschnitt Verbesserungen. Bei der Spezialfinanzierung Schulanlagen und Verwaltungsgebäude konnten

Einlagen von rund 4.8 Mio. Franken getätigt werden. Gelder, die man in naher Zukunft rund um die Schulraumplanung sicher brauchen wird. In diesem Sinn dankt auch die SP-Fraktion allen Beteiligten für die ausführlichen Unterlagen. Die SP-Fraktion wird den Anträgen geschlossen zustimmen.

Stadtrat Bangerter Walter, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man den Anträgen des GR zustimmt. Man hat grossen Respekt der enormen Arbeit, die geleistet wurde und man ist immer wieder froh über die übersichtliche Darstellung, welche die Zahlenflut einigermaßen übersichtlich werden lässt.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, dankt für den Geschäftsbericht 2022. Aus den drei Dokumenten ist ersichtlich mit welcher Kompetenz, Sorgfalt und Komplexität in der Stadt Burgdorf zum Wohle von uns allen überlegt, entschieden, geführt und gearbeitet wird. Der positive Abschluss der Jahresrechnung macht die EVP-Fraktion zufrieden. Dabei ist es wichtig zu sagen, dass die Stadt Burgdorf aber vermehrt investieren soll. Auch gerade in Projekte, von denen unsere junge Generation profitieren können oder wo es um Massnahmen betreffend Klimawandel geht. Die EVP-Fraktion wird vollumfänglich den Anträgen des GR folgen.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man ein paar beruhigende Worte gehört hat. Man möchte jedoch klar machen und verweist dabei auf das Fraktionsvotum, dass alles wunderbar tönt, aber man ist im letzten Jahr fast in ein Güllenloch gefallen. Die Aufwertung von 2.4 Mio. Franken können wir nicht jährlich wiederholen. Burgdorf hatte kein gutes Ergebnis gehabt.

In der *D e t a i l b e r a t u n g* werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

1. Von den in der Kompetenz des Gemeinderates bewilligten Nachkrediten in den Produktgruppen 10, 11 und 33 wird Kenntnis genommen.
2. Die Überschreitungen der Voranschlagskredite in der Jahresrechnung 2022 in den Produktgruppen 22, 24 und 60 wird genehmigt.
3. Der Geschäftsbericht 2022 der Einwohnergemeinde Burgdorf mit Jahresrechnung 2022, die mit einem Aufwandüberschuss im Gesamthaushalt von CHF 492'835.60 abschliesst, wird genehmigt.
4. Die Einlagen in die Spezialfinanzierung Unterhalt Liegenschaften Finanzvermögen von CHF 1'000'000.00, Spezialfinanzierung Schulanlagen und Verwaltungsgebäude von CHF 4'774'985.46 und Schwankungsreserven von CHF 1'335'855.84 werden bewilligt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2023-658 | Registratur-Nr. 1.7.1

Stellungnahmen und Abschreibungsanträge zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen

Verhandlung

Stadtratspräsident Greisler Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadträtin Zingg Righetti Sybille, namens der GPK, teilt mit, dass man zu allen Postulaten, Motionen und Aufträgen Stellung bezieht. Die GPK hat an ihrer Sitzung jedes Traktandum selbstverständlich einzeln behandelt und diskutiert. Die GPK ist zum Schluss gekommen, dass man allen Anträgen des GR folgt.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, macht darauf aufmerksam, dass man zu den Punkten 8.2 und 8.6 etwas anmerken will. Zum Punkt 8.2 wird Stadtrat Hebeisen Pascal informieren.

Stadtrat Hebeisen Pascal, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich wünscht, dass sich die Jungen mehr für Politik und Gestaltung der Stadt Burgdorf engagieren. Aus diesem Grund muss jeder Auftrag ernst genommen werden. Mit dem Auftrag der legalen Spraywänden sieht man, dass es möglich wäre. Es ist deshalb schade, dass man es beim Punkt 8.2 nicht geschafft hat. Aufgrund der Nichterfüllung des Auftrages wird ein neuer überparteilicher Auftrag eingereicht.

Gemeinderat Grimm Christoph teilt mit, dass man die Jugendlichen selbstverständlich ernst nimmt. Es ist ein wichtiges Anliegen, dass die Rollsportanlage demnächst kommt. Der Projektierungskredit ist gesprochen, die Verwaltung arbeitet daran und die Gebietsaufteilung ist erledigt. Demnächst wird die Rollsportanlage im GR traktandiert. Jede Partei steht hinter dem Anliegen. Man kann sich sicher sein, dass es bald kommt.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, informiert zu Punkt 8.6 zum Auftrag der SP-Fraktion betreffend Sportanlagenkonzept. Der GR hat vor zwei Jahren angeregt, dass man Hallenbad und Rollsportanlage trennt. Die SP-Fraktion hat damals gefordert, dass der Zustand der Hallen zu erfassen sei. Der Auftrag wurde einstimmig vom SR überwiesen. Jetzt stellt der GR fest, dass es keinen Sinn macht und der Kosten Nutzen schlecht sei. Das hatte die Konsequenz, dass es aus der Legislaturplanung gestrichen wurde. Man sieht ein, dass man zu einer Erkenntnis kommen kann, trotzdem zwei Bemerkungen dazu. Der GR zeigt keine Alternative auf, weder hier noch in der Legislaturplanung. Die Idee wäre gewesen eine Planung für den Unterhalt, für Neues und um die Lücke zu schliessen. Neben dem Hallenbad und der Rollsportanlage erwähnt der GR, dass Lösungen punktuell erfolgen sollen. Das ist okay, aber der GR sagt nichts über den Zustand und Unterhalt der Hallen. Man kommt deshalb zum Schluss, dass genau nichts gemacht wurde. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des GR zähneknirschend zu. In Zukunft wird aber erwartet, dass der GR wie erwähnt auch Lösungen für die bestehenden und neuen Sportanlagen findet.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man den Antrag auf Verlängerung der Erfüllungsfrist zum Postulat der EVP-Fraktion betreffend Pflanzung von Bäumen entlang dem Einschlagweg und Brunnmattstrasse einreicht. Der Einschlagweg ist prädestiniert für das Pflanzungsprojekt. Die Strasse wird von vielen Verkehrsteilnehmer und Fussgänger genutzt. Gerade von den Besucherinnen und Freiwilligen vom Zentrum Schlossmatt mit den pflegebedürftigen Menschen. Sie brauchen das Trottoir häufig als Spazierweg. Der Weg wird auch von vielen Kindern

aus dem Südquartier benützt. Einstimmig an der Stadtratssitzung vor fast zwei Jahren hat man dem Antrag des GR zu diesem Geschäft zugestimmt. Jetzt wird gerade realisiert, wie angenehm es ist bei dieser Hitze im Schatten sein zu können. Eine rasche und zeitnahe Umsetzung der Baumpflanzung Richtung Südquartier ist ein wichtiges Anliegen und deshalb wird der Antrag zur Verlängerung der Erfüllungsfrist gestellt.

8.9 Postulat EVP-Fraktion betreffend Pflanzung von Bäumen entlang des Einschlagwegs/Brunnmattstrasse
Antrag EVP-Fraktion: Verlängerung Erfüllungsfrist

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass man die Erfüllungsfrist verlängern kann. Die Baumpflanzung wurde im MIP aufgenommen. Man muss aber die ganze Strasse im Zusammenhang mit dem Veloweg Burgdorf, Oberburg und Hasle bearbeiten. Es macht erst Sinn, wenn die Planung abgeschlossen ist und man dann die Bäume pflanzt. Man wird vermutlich die Umsetzung nicht innerhalb der zwei Jahre erfüllen können. Man muss auch zuwarten, was mit der Werkstätte der BLS AG geht. Das Anliegen ist aufgenommen und es werden möglichst viele Bäume gepflanzt. Das Anliegen kann aufrechterhalten bleiben, aber eventuell muss es in zwei Jahren als nicht erfüllt abgeschrieben werden.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man nicht will, dass das Anliegen versandet. Wie von Stadtpräsident Berger Stefan erwähnt ist der Zeithorizont bis zur Umsetzung etwas länger. Die EVP-Fraktion beantragt eine Pause, um sich abzusprechen.

Stadträtin Maurer Roschi Franca, namens der Grüne-Fraktion, beantragt die Aufrechterhaltung des Punkt 8.10 betreffend Inventar der gebäudebrütenden Vogelarten und Fledermäuse. Das Inventar für gebäudebrütende Vögel ist erstellt, aber nicht jenes für die Fledermäuse. Deshalb soll der Auftrag nicht abgeschrieben werden. Es wurde nur die Hälfte gemacht. Im letzten Satz in der Stadtratsvorlage steht, dass man für eine weitere Zusammenarbeit mit dem Natur- und Vogelschutzverein dankbar ist, da der Verwaltung die Fachkenntnis und auch die Zeit für diese Aufgabe fehlt. Bis dato hatte man das Gefühl, dass man die Aufträge einreicht und darüber abstimmt und die Verwaltung nimmt sich dann Zeit, um die Aufträge zu erledigen. Man möchte auch nicht nur ein Inventar und dass man Sorge zu den Vögeln trägt, sondern man muss auch die nachtaktiven und weniger lieblichen Fledermäuse ernst nehmen. Deshalb wird der SR gebeten, diesen Auftrag aufrechtzuerhalten, beziehungsweise die Erfüllungsfrist zu verlängern.

8.10 Überparteilicher Auftrag der Grünen, der SP und der EVP zur Schaffung eines Inventars der Standorte der gebäudebrütenden gefährdeten Vogelarten sowie Fledermäuse
Antrag Grüne-Fraktion: Verlängerung Erfüllungsfrist

PAUSE

Stadtratspräsident Greisler Yves möchte von Stadträtin Liechti-Lanz Esther wissen, ob man am Antrag festhält.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man am Antrag festhält.

Stadtratspräsident Greisler Yves informiert über das Abstimmungsprozedere. Zuerst wird über die Punkte 8.9 und 8.10 einzeln abgestimmt. Über die restlichen Punkte wird gemeinsam abgestimmt.

Abstimmung

8.9 Postulat EVP-Fraktion betreffend Pflanzung von Bäumen entlang des Einschlagwegs/Brunnmattstrasse
Antrag GR und GPK: abschreiben
Antrag EVP-Fraktion: Verlängerung Erfüllungsfrist

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 18 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Antrag der Grüne-Fraktion zu.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-Fraktion, hat eine Verständnisfrage. In den Unterlagen steht, dass das Inventar erstellt wurde und damit der Auftrag erfüllt wäre. Auf der anderen Seite steht die Vermutung, dass es erfüllt ist mit systematischer Ausnahme der Fledermäuse. Was ist nun richtig?

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass man mit der Frage etwas überrumpelt ist. Die Frage wurde nicht im Vorfeld im online Tool gestellt. Die Frage muss an die Verwaltung weitergegeben werden.

Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, teilt mit, dass man eine geschützte Fledermauskolonie in Burgdorf hat. Diese befindet sich nördlich vom BLS Historie Museum im alten Bauernhaus. Diese Kolonie ist bereits geschützt und muss deshalb nicht noch speziell im Inventar aufgenommen werden. Es sind keine weiteren Fledermauskolonien in Burgdorf bekannt. Falls es noch haben sollte, müssten diese entsprechend erfasst werden.

Stadtrat Maurer Roschi Franca, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass ihr fachkompetente Person, Stadtrat Hedinger Christian, heute nicht anwesend ist. Bei der erwähnten Fledermauskolonie handelt es sich um eine Grosseohrige Fledermaus, aber es gibt noch kleinere Fledermäuse, die aber nicht so grosse Kolonien bauen. Diese sind aber nicht minder schützenswert. Die Topographie in Burgdorf mit der Nähe zur Emme und den alten Gebäuden und Dachstöcken lässt die Vermutung im Raum stehen, dass es viele verschiedene Fledermäuse gibt. Diese sind jedoch nicht erfasst. Das ist nicht so einfach zu erfassen wie bei den gebäudebrütenden Vögeln. Der Natur- und Vogelschutzverein hat grossartige Vorarbeit geleistet. Das gibt es aber nur in einem bescheidenen Mass bei den Fledermäusen. Die Stadt Burgdorf muss selber aktiv werden.

Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, teilt mit, dass man über die Zusammenarbeit mit dem Natur- und Vogelschutzverein froh ist und auf ihr Wissen zurückgreifen kann.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass immer noch nicht ganz klar ist, ob die Fledermäuse systematisch ausgeschlossen sind vom Inventar oder nicht. Eine Fledermauskolonie ist erfasst. Was passiert aber, wenn es weitere Fledermauskolonien gibt? Werden diese erfasst oder nicht? Wenn sie erfasst werden, könnte der Auftrag abgeschrieben werden, ansonsten noch nicht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass die kleinen Fledermausarten nicht erfasst wurden. Die grosse bekannte Fledermauskolonie, wie von Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, erwähnt, ist erfasst. Die weiteren kleineren sind nicht erfasst.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-Fraktion, möchte wissen, ob es umsetzbar ist die kleineren Fledermauskolonien zu erfassen.

Gemeinderat Bucher Theophil verweist auf die Antwort. Dort steht, dass diese zu erfassen schwierig ist, weil es unklar ist, wo die Lebensräume genau sind. Es ist sicher machbar und wenn der Auftrag aufrechterhalten bleibt, wird das Anliegen geprüft.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-Fraktion, möchte wissen, was die praktischen Konsequenzen sind, wenn der Auftrag abgeschrieben wird oder aufrechterhalten bleibt.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, wenn der SR den Auftrag abschreibt, ist er mit der bisherigen Arbeit zufrieden, wenn er aufrechterhalten bleibt, heisst das, dass der SR mit dem Geleisteten bis jetzt nicht zufrieden ist. Man würde dann nochmals zusammensitzen und schauen, was noch gemacht werden kann.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-Fraktion, dankt für die Antwort. Jetzt ist alles klar.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass es eine kleinere Fledermauspopulation im ehemaligen EBT-Depot gibt. Diese sind vorhanden und wahrscheinlich nicht im Inventar erfasst. Das Fachwissen in Burgdorf ist sicherlich vorhanden. Es wird beliebt gemacht, dies noch nachzuholen und zu vertiefen.

Abstimmung

8.10 Überparteilicher Auftrag der Grünen, der SP und der EVP zur Schaffung eines Inventars der Standorte der gebäudebrütenden gefährdeten Vogelarten sowie Fledermäuse

Antrag GR und GPK: abschreiben

Antrag Grüne-Fraktion: Verlängerung Erfüllungsfrist

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 10 zu 24 Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Antrag der Grüne-Fraktion zu.

Abstimmung

8.1 Postulat GLP-Fraktion betreffend elektronisches Abstimmungssystem für den Stadtrat Burgdorf

Antrag: aufrechterhalten

8.2 Jugendantrag betreffend Rollsportanlage Burgdorf

Antrag: abschreiben

8.3 Auftrag Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend "Burgdorf Ticket"

Antrag: aufrechterhalten

8.4 Auftrag BDP-Fraktion betreffend "Das Essen zum Kind und nicht umgekehrt"

Antrag: aufrechterhalten

8.5 Auftrag FDP-Fraktion betreffend Anpassung Abstimmungsreglement, Unterzeichnung von Wahlvorschlägen

Antrag: Verlängerung Erfüllungsfrist

8.6 Auftrag SP-Fraktion betreffend Erstellung eines Sportanlagenkonzepts für die Stadt Burgdorf

Antrag: abschreiben

8.7 Überparteilicher Auftrag der BDP / EVP/ SP betreffend «Nur noch 1 Oberstufenzentrum Burgdorf»

Antrag: Verlängerung Erfüllungsfrist

8.8 Motion SP-Fraktion betreffend Stellvertretungsregelung im Stadtrat

Antrag: Verlängerung Erfüllungsfrist

8.11 Jugendantrag betreffend legale Wände für Graffiti

Antrag: abschreiben

8.12 Auftrag Mitte-Fraktion betreffend „Realisierung einer Solaranlage auf dem Logistikzentrum der Armee in Burgdorf“

Antrag: aufrechterhalten

8.13 Auftrag SP-Fraktion betreffend "Senkung Mindestalter Jugend-/Ausländerantrag"

Antrag: aufrechterhalten

8.14 Auftrag Die Mitte, FDP und SVP betreffend „Finanzen ins Lot zu bringen“

Antrag: aufrechterhalten

8.15 Auftrag SVP-EDU-Fraktion betreffend Outdoor-Fitnesspark Burgdorf

Antrag: aufrechterhalten

8.16 Überparteilicher Auftrag der SVP/EDU, Die Mitte, SP, FDP, EVP Fraktionen und Ian Thompson (GLP) betreffend „Sportkonzept der Stadt Burgdorf“

Antrag: aufrechterhalten

8.17 Auftrag FDP-Fraktion betreffend Information Petition

Antrag: aufrechterhalten

8.18 Auftrag Grüne Burgdorf betreffend Energiesparmassnahmen

Antrag: aufrechterhalten

8.19 Überparteilicher Auftrag Grünen, SP, EVP und GLP betreffend Strategie der Localnet AG zur langfristigen Reduktion von CO2 in ihren Geschäftsfeldern

Antrag: Verlängerung Erfüllungsfrist

Beschluss

Der Stadtrat stimmt einstimmig den Anträgen zu.

SRB: 2023-678 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag SP-Fraktion betreffend PV-Anlagen auf städtischer Infrastruktur

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice dankt für den Auftrag. Die Vorgeschichte ist 33-jährig. Seitdem fördert die Stadt Burgdorf Photovoltaikanlagen. In der Stellungnahme sind noch interessante geschichtliche Fakten der früheren IBB Industriellen Betriebe Burgdorf, heutigen Localnet AG, aufgeführt. Im Jahr 1993 gab es einen Verein und im Jahr 2014 wurde daraus die Solarstadt. Wir haben zwei verschiedene PV-Anlagen auf den städtischen Liegenschaften. Es sind einerseits private, aber auch von der Einwohnergemeinde Burgdorf. Die Liste ist in der Antwort ersichtlich. Der GR nimmt den Auftrag gerne entgegen. Man will eine Roadmap erstellen sowie das Potenzial aufzeigen. Der GR beantragt die Annahme des Auftrages.

Stadträtin Zingg Righetti Sybille, namens der SP-Fraktion, dankt für die ausführliche Stellungnahme und dem GR für die Bereitschaft, den Auftrag anzunehmen. Man anerkennt die bisher geleisteten Fortschritte hin zu einer nachhaltigeren Stromversorgung. Man ist überzeugt, dass das Potenzial noch nicht ausgeschöpft ist und wartet deshalb gespannt auf die Analyse und Roadmap. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des GR selbstverständlich geschlossen zu.

Stadtrat Jenni Josef Timoteo, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass es ein interessanter Auftrag ist. Wenn man die Zahlen anschaut, sind gewisse PV-Anlagen in die Jahre gekommen und mittlerweile ein Vielfaches an Leistung hätten, würde man diese neu machen, zum Beispiel im Rahmen einer Dachsanierung. Die EVP-Fraktion gibt dem GR zu bedenken, um den Co2 Ausstoss zu reduzieren, dass es auf Liegenschaften wie Sporthallen oder Freibad, wo die Liegenschaften auch Wärme brauchen, es nicht unbedingt sinnvoll ist, Strom zu machen und direkt elektrisch zu verheizen oder mittels einer Wärmepumpe, sondern, wie man es im Schlossmattschulhaus bereits macht, mit einer thermischen Anlage arbeitet. Es ist eine Frage der Zeit bis alle Dächer mit PV-Anlagen zur Energiegewinnung eingedeckt sind. Abwarten und Daumen drehen, nützt nichts.

Abstimmung

Annahme des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Antrag zu.

SRB: 2023-679 | Registratur-Nr. 1.7.1

**Überparteilicher Auftrag FDP-, SP-, SVP-EDU-, EVP-, Mitte- und GLP-Fraktion betreffend
„Beibehaltung der Feier der 18-Jährigen“**

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Grimm Christoph teilt mit, dass überparteilich und geschlossen der Auftrag erteilt wird, die Feier der 18-Jährigen wieder durchzuführen. Das wird wieder gemacht und bereits im Budget erfasst. In der Antwort wurde die Problematik geschildert. In den letzten Jahren wurden viele Versuche gestartet und immer wieder angepasst. Im letzten Jahr sind rund 10 Jugendliche trotz Anmeldung der Feier ferngeblieben. Gleichzeitig verlangt man mehr gratis Alkohol. Das waren Tiefschläge. Trotzdem ist man bereit, die Feier wieder durchzuführen. In der Antwort wurde auch erläutert, wie man sich vorstellen könnte wie der Diskurs zur politischen Bildung der Jugendlichen ausfallen könnte. Es ist wichtig, dass die Form und Art der Feier angepasst werden kann. Dies kann zum Beispiel auch bedeuten, dass die Feier ausgelagert wird. Das würde heissen, dass nicht die Stadt Burgdorf selber den Anlass organisiert, sondern extern vergeben wird. Der Auftrag wurde noch nicht vergeben. Die Rahmenbedingungen sind klar und bestimmt durch die Stadt Burgdorf. Die Stadt Burgdorf übernimmt auch die Verantwortung. Das Budget beträgt rund Fr. 5'000.--. Dabei sind die Arbeitsstunden der Verwaltung noch nicht mitgerechnet. Der GR ist bereit, den Auftrag anzunehmen. Die Stadt Burgdorf wird die Auflagen machen. Eine kurze Rede von der Politik muss enthalten sein. Der Bürgerbrief wird ebenfalls beibehalten. Die Einladung erfolgt durch die Stadt Burgdorf. Bei einer Auslagerung liegt die Verantwortung bei der Stadt Burgdorf.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, ist erfreut über den Antrag zur Annahme des Auftrages. Die Jungbürgerfeier oder Feier der 18-Jährigen gehört einfach zu einer Stadt oder Gemeinde. Es ist klarer Wille des SR, die Fraktionen von links bis rechts unterstützen geschlossen das Anliegen. No-Shows sind ärgerlich. Die tiefe Teilnehmerzahl ist aber kein Grund, die Feier nicht durchzuführen. Schliesslich schafft man die Abstimmungen und Wahlen aufgrund einer tiefen Stimmbeteiligung auch nicht ab. Betreffend dem Jugendparlament ist man auch ein wenig überrascht, hat man doch mit dem Jugendforum Emmental ein sehr gutes Gefäss, das nicht konkurrenziert werden soll. Schlauer wäre eine Zusammenarbeit. Selbstverständlich ist man für die Art und Weise der Durchführung offen. Es wird auch unterstützt, wenn es durch Dritte durchgeführt wird. Wichtig ist, dass es parteipolitisch neutral daherkommt und nicht durch eine Partei organisiert wird. Die Parteien sind selbstverständlich dabei und helfen mit. Wie die Feier durchgeführt wird, ist egal, wichtig ist einfach, dass die Feier stattfindet.

Stadträtin Blume Tanja, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man ein bisschen erstaunt über die Antwort des GR war. Der GR plädiert zwar für eine Annahme des Auftrages, aber führt nur Gründe gegen eine Durchführung der Feier der 18-Jährigen auf. Die SP-Fraktion ist froh, dass der GR den Auftrag annehmen will und ruft natürlich weiterhin dazu auf, diesem überparteilichen Auftrag zuzustimmen. Man ist mit dem GR einig, dass die Form der Durchführung überdacht werden darf. Es ist aber wichtig, dass die Stadt Burgdorf einen Aufwand macht für die Feier der 18-Jährigen. Die Gemeinde hat die Aufgabe, die jungen Erwachsenen politisch zu sensibilisieren und muss auch bei einer externen Durchführung die Verantwortung tragen, dass der Anlass gebührend durchgeführt wird. Deshalb wird der GR dazu aufgerufen, die Umsetzung des Auftrages ernst zu nehmen und eine Feier für die 18-Jährigen, sei es in der bisherigen oder in einer anderen Form, weiterhin durchzuführen.

Stadträtin Rohrbach Sabrina, namens der SVP-EDU-Fraktion, dankt dem GR für die Empfehlung, den Auftrag anzunehmen. Man ist sicher, dass es irgendeine Form und Möglichkeit geben wird, die Jugendlichen weiterhin anzusprechen. Auch wenn nur 10 Jugendliche kommen, kann es sein, dass ein Jahr später bereits 15 Jugendliche teilnehmen. Es muss ein guter Anlass geboten werden. Eine grosse Stadt wie Burgdorf muss eine Jungbürgerfeier anbieten.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man begeistert ist von der Antwort von Gemeinderat Grimm Christoph. Als Input wäre es gut, wenn man den Leuten beibringen könnte, wieder miteinander zu reden. Das ist ein Thema, das einem Sorgen macht in der heutigen Gesellschaft. Man spricht nicht mehr miteinander. Cancel Culture, man kommt mit vorgefassten Meinungen. Es ist eine Vision, aber wenn man die Leute wieder dazu bringen könnte miteinander zu reden und zuzuhören. Das ist eine grosse Kunst und wenn man dies bei der Feier irgendwie einbinden könnte, wäre das gut.

Abstimmung

Annahme des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung dem Antrag zu.

SRB: 2023-680 | Registratur-Nr. 1.7.1

Überparteilicher Auftrag Grüne Burgdorf, SP, EVP und GLP betreffend Förderung der Wiederverwendung von Wertstoffen

Verhandlung

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Grimm Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass der Kern des Auftrages selbstverständlich als sinnvoll und zeitgemäss erachtet wird. Eine effiziente Nutzung der Ressourcen und die Unterstützung der Kreislaufwirtschaft und somit die Stärkung der Versorgungssicherheit liegt der FDP-Fraktion ebenfalls am Herzen. Das zeigt auch heute der an die nationalrätliche Umweltkommission überwiesene Vorstoss der FDP, der genau das fordert. Die erfreuliche Antwort des GR verdeutlicht, dass die Stadt Burgdorf die Thematik bereits erkannt hat und im Rahmen der Möglichkeiten umsetzt. Die Forderungen der auftragsstellenden Parteien sind aber deutlich weitreichender und umfangreicher. Was nach Meinung der FDP-Fraktion die Möglichkeiten für die Stadt Burgdorf sprengt. Wie in der Begründung des Auftrages aufgezeigt, wird von Seiten Bund, Kanton und Hochschulen bereits ein grosser Effort geleistet. Weiter gibt es auch private Anbieter, welche in diesem Geschäftsfeld tätig sind. Dass Burgdorf neben denen noch eine Pionierrolle einnehmen soll, erachtet die FDP-Fraktion als unrealistisch. Weiter ist man kritisch gegenüber den Forderungen beim Projekt B.move. Der Aspekt der Kreislaufwirtschaft und Wiederverwendung von Wertstoffen ins Zentrum der Überlegungen zu stellen. Die bereits umfangreichen Anforderungen an das Projekt mit weiteren Ansprüchen zu überladen, wird sich einschränkend und schädlich auf die weitere Planung auswirken. Da insgesamt der Auftrag aus Sicht der FDP-Fraktion zu weitreichend, zu unkonkret und zu offen formuliert ist, wird man den Auftrag ablehnen.

Stadtrat Reusser Simon, namens der Grüne-Fraktion, dankt dem GR und den Verfassern für die positive Antwort. Man ist selbstverständlich erfreut, dass das Anliegen aufgenommen wird und die Themen der Kreislaufwirtschaft die Wiederverwendung von Rohstoffen in das Projekt B.move einfließen werden. Aus der Antwort dürften mehr Ambitionen herauszulesen sein. Es wird in der Antwort Punkt 1 auf die KlimaVision30 verwiesen, die als Planungsgrundlage für das Projekt B.move dienen soll. Die zwei Themen werden jedoch nur am Rande beziehungsweise alles andere als umfassend behandelt. Insofern dürfte die Messlatte höher angesetzt werden. Dass das Sammelspektrum laufend erweitert wird, nimmt man erfreut zur Kenntnis, wie auch die Bemühungen bei der Information an die Bevölkerung. Das wird positiv wahrgenommen, es besteht jedoch weiterhin viel Handlungsbedarf, insbesondere hinsichtlich des angestrebten Netto-Null-Ziel.

Stadtrat Wüthrich Urs, namens der EDU-SVP-Fraktion, teilt mit, dass die Förderung und Wiederverwendung von Wertstoffen ein grosses Anliegen sind. Wie im Punkt 3 im Wortlaut geschrieben, ist das Sammlungsspektrum wichtig. Wenn man die Sachen im Ökihof im Ziegelgut entsorgt, kann man nicht nur Pet und Plastik entsorgen, sondern auch verschiedene Kunststoffarten wie zum Beispiel Korkzapfen, Toner, Altpapier und Zinn. Somit ist die Kreislaufwirtschaft bereits heute in Burgdorf in weiten Teilen umgesetzt. Im parlamentarischen Auftrag ist die Rede, dass Vorlagen, Massnahmen und Berichte erarbeitet werden sollen. Man ist jedoch der Meinung, dass mit B.move die Weichen in die richtige Richtung gestellt werden und das Anliegen bereits beinhaltet. Das aktuelle Bestreben von Swiss Recycling bezüglich schweizweiter Kunststoffsammlung ist auch zu berücksichtigen. Man will nicht doppelspurig fahren. Die EDU-SVP-Fraktion befürwortet ausdrücklich die Kreislaufwirtschaft. Man wehrt sich jedoch gegen das allgegenwärtige Problem der Überregulierung und weitere Befuerungen des Verwaltungsaufwandes. Befuerung des Verwaltungsaufwandes liegt vor, wenn separate Massnahmen nochmals etwas regelt, das bereits geregelt ist. Das ist hier der Fall. Aus diesen Gründen, materiell richtig, aber von der Form her falsch, wird sich die EDU-SVP-Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Stadtrat Jenni Josef Timoteo, namens der EVP-Fraktion, informiert zur Kreislaufwirtschaft. Recycling und Kreislaufwirtschaft ist verschieden. Die Kreislaufwirtschaft hat keinen externen Güterzufluss. Recycling bedeutet, dass der Abfall wiederverwertet werden kann. Was der Ökihof macht, ist keine Kreislaufwirtschaft.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass sich der GR mit dem Auftrag nicht selber einschränkt. Man hat immer noch genügend Spielraum. Am Schluss geht es vor allem darum, dass man auf Stufe Stadt die Möglichkeiten ausschöpft, die da sind. Man kann nicht weitergehen. Es geht in die richtige Richtung. Man soll salopp ausgedrückt vor der eigenen Haustüre wischen und sich nicht mit Sachen auseinandersetzen, die wir nicht beeinflussen können. Es geht auch darum Möglichkeiten zu schaffen, dass man nicht mit dem motorisierten Individualgefährte zum Ökihof fährt und dort entsorgt. Es geht darum, dass wir in den nächsten paar Jahren Möglichkeiten schaffen. Man erarbeitet gewisse Konzepte damit wir dies anders gestalten können und es eher nicht in eine Kreislaufwirtschaft geht. Der Begriff Ökihof ist per se etwas irritierend bei diesem Thema.

Abstimmung

Der Auftrag wird angenommen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 24 Ja und 3 Nein Stimmen bei 9 Enthaltungen dem Antrag zu.

SRB: 2023-681 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag SP-Fraktion betreffend Einführung von gratis Menstruationsprodukten in Toiletten von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden

Verhandlung

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass man an der ordentlichen Sitzung vom 30. Mai 2023 festgestellt hat, dass der GR die Vorlage erneut so angepasst hat, dass man es mit dem ursprünglichen Wortlaut nicht mehr vergleichen kann. Deshalb erfolgt die Abstimmung einerseits über den Antrag des GR und andererseits zum ursprünglichen Wortlaut. Es sei denn, die Auftraggeberin zieht den ursprünglichen Wortlaut zurück.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass es auf der Welt rund 5 Milliarden Frauen gibt, die an der Periodenarmut leiden. Das heisst, ihnen ist der Zugang zu Hygieneartikeln aus sozioökonomischen Gründen nicht möglich. Das ist erschreckend. Diese Zahl kann nicht eins zu eins übernommen werden, aber man kann davon ausgehen, dass es in der Schweiz auch Frauen und Mädchen gibt, die isoliert sind und grosse Probleme haben. Dass es bei der Mehrwertsteuer anerkannt wurde, dass es kein Luxusprodukt ist, wird nicht kommentiert. Der GR anerkennt den Handlungsspielraum und dass das Anliegen an der Volksschule wirklich aufgenommen und in den öffentlichen Toiletten der städtischen Liegenschaften angeboten werden muss. Die anderen öffentlichen Liegenschaften können nicht beeinflusst werden. Am Anfang des Frau seins ist die Periode nicht regelmässig. Es kommt auch vor, dass es einfach plötzlich passiert und man weiss es noch gar nicht so recht, dass es heute passiert. Dann ist es sehr peinlich, wenn man bei der Lehrerin oder beim Pultnachbarskind nachfragen muss, ob sie Hygieneartikel hat. Das muss berücksichtigt werden. Dann wäre es vorteilhaft, wenn es in den Toiletten einen Dispenser mit den entsprechenden Produkten hätte. In der Vorlage wurde erwähnt, wie es bei anderen Gemeinden umgesetzt wurde. Die Stadt Burgdorf hat bereits mit einem Testbetrieb begonnen. Beim Testbetrieb geht es weniger darum zu schauen, wie viele und was für Produkte gebraucht werden, sondern wie diese angeboten werden. Man muss auch bessere und schliessbare Abfalleimer haben. Die Abfalleimer in den Schulhäusern sind in die Jahre gekommen. Der GR hat beschlossen, den Testbetrieb bis nach den Herbstferien 2023 durchzuführen. Damit will man eine Idee bekommen, was auf die Stadt Burgdorf zukommen wird. Die Kosten sind in der Vorlage ebenfalls aufgeführt. Es gibt einmalige Kosten, zum Beispiel für die Anschaffung der Behälter und Abfalleimer, und auch wiederkehrende Kosten. Der GR hat den Antrag abgeändert. Der GR empfiehlt die Umsetzung nur in den Damen- und Mädchentoiletten umzusetzen. Das ist zwar nicht ganz korrekt, aber man hat das Gefühl, dass es fürs erste tragfähig ist.

Stadträtin Baumeler-Stoll Carmen, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass viele Frauen auf der Welt keinen Zugang zu Hygieneartikeln haben, wie von Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice angesprochen. Wir in der Schweiz sind privilegiert und haben die Möglichkeit gegenüber anderen Ländern. Die Idee an sich ist super. Es können unangenehme Situationen, wie beschrieben, vermieden werden. Der freie Zugang in Mädchen- und Damentoiletten ist die Rettung in der Not. Auf der anderen Seite müssen wir uns die Frage stellen, warum nicht jeder ein Stück selber dafür Verantwortung übernehmen kann und sich entsprechend einrichtet. Warum muss die Stadt Burgdorf dafür die Verantwortung übernehmen? Weiter haben die Kosten für die 170 Behälter erstaunt. Die Frage ist, ob wirklich jede einzelne Toilette mit Dispenser ausgestattet werden soll oder ob es nicht reicht in den Vorräumen. Die Mitte-Fraktion wartet das Testergebnis ab und ist gespannt auf das Ergebnis. Danach macht man sich ein genaues Bild davon.

Stadträtin Blume Tanja, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR für die sehr ausführliche Beantwortung des Auftrages. Es gibt aber zwei Sachen, welche ein bisschen stören. Erstens sind die Kosten ziemlich höher berechnet als sie wahrscheinlich effektiv sein werden. Muri, eine ähnlich grosse Gemeinde wie Burgdorf, hat nur mit einmaligen Kosten von Fr. 1'560.-- sowie jährlichen Kosten von Fr. 1'200.-- gerechnet. In der Antwort zum Auftrag hat der GR von Burgdorf zum Beispiel noch Fr. 34'000.-- für Entsorgungsbehälter für Tampons und Binden budgetiert. Das hat aber nicht direkt mit dem Auftrag zu tun, da sowieso geplant wird, diese zu ersetzen und diese ja heute schon angeboten werden. Zweitens ist es ein bisschen schade, dass auf die Begründung, weshalb es eben nicht nur in Mädchentoiletten wichtig wäre, nicht gross eingegangen wird. Trotzdem ist man froh, dass die Stadt Burgdorf bereits einen Testversuch durchführt und zusätzliche Informationen von anderen Gemeinden und Institutionen eingeholt worden sind, welche sehr aufschlussreich sind. Da somit die heutige Faktenlage schon reicht, um über die Einführung von kostenlosen Menstruationsprodukten zu befinden, spricht sich die SP-Fraktion dafür aus, an der Originalversion des Auftrages festzuhalten und diesen zu bevorzugen. Sollte der Antrag des GR obsiegen, wird die SP-Fraktion aber selbstverständlich auch diesem zustimmen. In der Schweiz ist es trotz Privilegien für einige Menschen schwierig. Es gibt einige Menschen in der Schweiz, die unter der Armutsgrenze leben. Die hohen Kosten in der Schweiz sind nicht für alle einfach. Die hohen Kosten dieser Produkte, bis vor kurzem noch mit der höheren Mehrwertsteuer, sind für gewissen Familien bereits zu hoch.

Stadträtin Kalbermatten Mirjam, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man sich bei diesem Auftrag eigentlich gegen ein Eintreten entschieden hätte, aber das ist nicht möglich. Der Testbetrieb läuft bereits und deshalb hätte man die Auswertungen abwarten sollen bevor man darüber entscheidet.

Stadträtin Hauser Damaris, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man Mühe mit der Begründung des Auftrages hat. Was nützen uns die 500 Mio. Menschen auf der Welt, die von der Periodenarmut betroffen sind? Wenn wir dies in Burgdorf umsetzen wollen, müssen wir Zahlen zu Burgdorf haben, um das Anliegen zu beurteilen und ob der Bedarf vorhanden ist. Zahlen zu Burgdorf findet man nicht. Die GLP-Fraktion befürwortet die Abänderung des Auftrages durch den GR und nur Mädchen- und Damentoiletten ausstatten will. Es ist aber unverständlich, warum es 170 Entsorgungsbehälter benötigt, weil diese bereits menstruierend in die Schule und zur Arbeit geht und die Produkte bereits jetzt entsorgen kann. Im Sinne der Nachhaltigkeit und schonendem Umgang mit den Ressourcen ist es nicht nötig, dass Entsorgungsbehälter die vorhanden sind und funktionieren, ersetzen will. Bei den Toiletten sind Säckli und Abfalleimer vorhanden, also ausreichend ausgerüstet. Im Moment findet die Testphase statt und diese kann abgewartet werden. Das Anliegen wird dem SR erneut vorgelegt. Die GLP-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen.

Stadtrat Käsermann Fabian teilt mit, dass die Stadt Burgdorf verantwortlich ist für die Hygieneartikel der Schülerinnen. Wenn sein Sohn zur Schule geht, muss er auch nicht WC-Papier von Zuhause mitnehmen. Es soll selbstverständlich sein, dass die Hygieneartikel für Schüler und Schülerinnen parat liegen.

Abstimmung

Wortlaut Auftrag: 16 Stimmen

Der Gemeinderat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass in öffentlichen Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden der Stadt Burgdorf, ausgenommen öffentliche Toiletten, gratis Tampons und Binden auf allen Toiletten zur Verfügung gestellt werden.

Antrag Gemeinderat: 20 Stimmen

Der Gemeinderat Burgdorf führt den Testbetrieb in den beiden Gebäuden bis zu den Herbstferien 2023 durch und wertet diesen anschliessend aus. Die Auswertung wird dem Stadtrat mit dem weiteren Vorgehen vorgelegt.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat überweist den abgeänderten Auftrag mit 19 Ja und 9 Nein Stimmen bei 8 Enthaltungen an den Gemeinderat.

SRB: 2023-682 | Registratur-Nr. 1.7.1

Postulat Die Mitte-Fraktion betreffend Überarbeitung der Schulraumplanung

Verhandlung

Gemeinderat Grimm Christoph teilt mit, dass man sich einig ist, dass Schulraum prioritär behandelt werden muss. Die Gemeinden haben den gesetzlichen Auftrag Schulraum zu bauen. Der GR dankt für das vorliegende Postulat. Dem GR ist es wichtig, den Schulraum weiter zu entwickeln und vor allem die Planung wieder anzupassen. Man ist seit September daran und das neu entstehende Dokument heisst Schulraumplanung 2023. Von dem 13-Schritte-Plan muss man sich langsam verabschieden. Man spricht in Zukunft vom Phasenplan und nicht mehr vom 13-Schritte-Plan. Dieser hat sich selber überarbeitet. Die Information dazu erhält der SR an der Informationsveranstaltung im August. Beim ersten Punkt ist man sich einig, das muss überarbeitet werden und man ist auch daran. Deshalb kann der Punkt 1 überwiesen werden. Der Punkt 2 macht absolut keinen Sinn, wenn ein Schulhaus prioritär behandelt wird. Es soll aber nicht der Auftrag erteilt werden, spezifisch Priorität auf das Lindenfeld gelegt werden muss. Deshalb soll der Punkt 2 abgelehnt werden. Der GR nimmt die Anliegen und Aufträge sowie die Bedenken und Ideen des SR sehr ernst. Es soll aber in der Gesamtplanung einfließen. Der GR beantragt die Überweisung des Punkt 1 und die Ablehnung des Punkt 2.

Stadträtin Baumeler-Stoll Carmen, namens der Mitte-Fraktion, dankt für die Antwort. Es ist erfreulich, mit dem vorliegenden Auftrag die Überarbeitung der Schulraumplanung zu unterstützen. Man hofft aber, dass die Schulraumplanung der für diesen Standort vorgesehenen Rollsportanlage nicht im Weg steht. Die Mitte-Fraktion stimmt dem Antrag es GR zu.

Stadträtin Hauser Damaris, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass Burgdorf wächst und attraktiv für Familien ist. Es braucht mehr Platz. Im Moment kommen viele Kinder aus dem Fischermätteli. Im Schlossmatt wird ja etwas verspätet gebaut. Im Suttergut ist eine riesige Baugruppe im Moment und dort sind auch Wohnungen geplant. Dann wird der Platz im Gsteighof mit den Containern auch nicht ausreichen. Auf der Burgermatt werden Einfamilienhäuser gebaut. Da kann man davon ausgehen, dass in jedem Haus schulpflichtige Kinder sein werden. Dann wird es im Neumattschulhaus eng. Wenn dann noch Farbweg und Butterzentrale kommt, könnte es im Gotthelfschulhaus knapp werden. Auf dem Schössliareal stehen auch Profile und die neue Überbauung am Uferweg kommt auch noch. Jetzt nur ein Schulhausstandort zu priorisieren, also das Lindenfeld, kann nicht nachvollzogen werden, wenn an so vielen Orten in Burgdorf gebaut wird. Die meisten Standorte sind nicht fix einem Schulhaus zugeordnet. Nur die Burgermatt ist fix am Neumattschulhaus zugeteilt. Alle anderen sind weiss auf dem Plan bei der Einteilung. Man kann ein Kind schon vom Suttergut ins Lindenfeld schicken, wenn es Schulraum hat, das macht aber absolut keinen Sinn. Wir wollen auch

nicht Eltern, die am Morgen, Mittag und Abend ihre Kinder quer durch Burgdorf mit dem Auto chauffieren. Es kann auch nicht sein, dass die Stadt Burgdorf Schulbusse organisieren muss und die Kinder durch Burgdorf chauffiert. Die Kinder sollen ihren Schulweg zu Fuss gehen können. Das gehört auch zur sozialen Entwicklung. Deshalb ist es wichtig, dass die Schulraumplanung priorisiert wird, weil in Burgdorf so viel gebaut wird. Einen Standort zu priorisieren bringt nichts. Eine Schulleiterin hat erzählt, dass die Attraktivität des Arbeitsplatzes zusammenhängt, ob die Stellen besetzt werden können oder nicht. Wenn heute beim Bewerbungsgespräch erklärt wird, dass eine Klasse mit 25 Kindern übernommen werden muss, weil der Schulraum knapp ist, wird die Stelle nicht besetzt werden können. Die Lehrpersonen können aufgrund des Fachkräftemangels ihre Stellen heute aussuchen. Wenn man attraktiv bleiben will als Arbeitgeberin für Lehrpersonen spielt Schulraumplanung auch eine Rolle. Deshalb stimmt man dem abgeänderten Antrag des GR zu. Die GLP-Fraktion dankt der Mitte-Fraktion für die Einreichung des Postulates, weil es die Möglichkeit gibt, über Schulraum zu diskutieren und festzuhalten, diesen als Priorität zu behandeln.

Stadträtin Althaus Annemarie, namens der SP-Fraktion, teilt mit, wie in der Feststellung des GR beschrieben, richtet sich die Schulraumplanung nach einem Phasenplan und wie es in der Natur von der Sache liegt, laufend überarbeitet und angepasst. Es wurde auch informiert, dass der SR den verbindlichen Phasenplan nach der Sommerpause an der Informationsveranstaltung vorgelegt bekommt. Bei der Priorisierung des Standortes Lindenfeld ist man gleicher Meinung wie der GR. Aus den ausführlich beschriebenen Gründen wird die SP-Fraktion den Punkt 2 des Postulates ablehnen.

Gemeinderat Grimm Christoph teilt mit, dass es bedenken betreffend den Platz von Schule und Rollsportanlage gibt. Wenn man die Rollsportanlage inklusive Beachvolleyball sowie Reserve für den Steinhof wegnimmt, bleiben noch rund 7'000 m² übrig. Es reicht also noch für zwei bis drei Schulzimmer.

Abstimmung

Teilweise Annahme des Postulats.

1. Annahme: «Der Gemeinderat wird beauftragt, die Schulraumplanung zu überarbeiten».
2. Ablehnung: «Den Standort Schulhaus Lindenfeld zu priorisieren».

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2023-683 | Registratur-Nr. 1.7.1

Interpellation SVP/EDU-Fraktion betreffend Kollegialitätsprinzip

Verhandlung

Stadträtin Kalbermatten Mirjam, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man sich mit der Antwort befriedigt erklärt und dankt für die Ausarbeitung. Man hofft, dass es nur ganz selten zu weiteren Ausnahmen kommt. Natürlich wünscht man sich, dass von diesen Ausnahmen in Zukunft kein Gebrauch gemacht wird.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2023-684 | Registratur-Nr. 1.7.1

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Aufträge eingereicht:

- Überparteilicher Auftrag SP, Grüne und EVP betreffend Verbesserung Burgdorfer Stadtklima
- Überparteilicher Auftrag Die Mitte, SVP, GLP, EDU, SP, EVP und Grüne betreffend Umsetzung der Rollsportanlage Burgdorf

Stadträtin Maurer Roschi Franca, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass Stadträtin Bucher Mirjam heute ihre letzte Sitzung hat. Es zieht sie in die Welt hinaus. Sie geht auf Reisen. Die Grüne-Fraktion dankt ihr für ihr Engagement.

Stadtrat Stettler Andreas teilt mit, dass vom 1. bis 4. Juni 2023 in der Markthalle die BUGA stattgefunden. Er war positiv überrascht über die vielen Aussteller sowie das Können der Dienstleister und Gewerbebetriebe, das gezeigt wurde. Es war super. Wie auch die Industrienacht zeigt die BUGA die Möglichkeiten des Burgdorfer Gewerbes und der Industrie. An dieser Stelle ein Dank an alle Aussteller und dem OK für ihr Engagement sowie der Stadt Burgdorf für den finanziellen Betrag. Es wurden 21 kulturelle Darbietung gezeigt und diese waren sensationell, vor allem am Freitag der Show-Event. Es wird jedoch vermisst, dass die Medien dies nicht erwähnt haben, ausser D'Region, und auch nicht im Kulturnewsletter aufgeführt wurde.

Stadtrat Käsermann Fabian nimmt Stellung zu der leisen Kritik von Stadtpräsident Berger Stefan am SR betreffend fehlende Teilnahme an der GV der Markthallen AG. Stadtrat Käsermann Fabian hat keine Einladung für diese GV gefunden. Zudem hat am gleichen Tag die GV der Localnet AG stattgefunden.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara informiert erneut über das erste Burgdorfer Vogelhotel. Wir haben uns vorhin um Fledermäuse gekümmert. Jetzt soll sich der SR um die Vogelzimmer im Vogelhotel kümmern. Der SR wird gebeten unter lokalhelden.ch das Projekt zu unterstützen, damit die Vögel in Burgdorf heimisch werden können.

Stadtratspräsident Greisler Yves informiert über die kommenden Anlässe des SR. Am 28. August 2023 findet die Informationsveranstaltung, am 1. September 2023 der Stadtratsausflug und am 18. September 2023 die nächste ordentliche Stadtratssitzung statt. Im Hotel Stadthaus ist für den Schlummertrunk reserviert.

Burgdorf, 1. September 2023

Namens des Stadtrates



Yves Greisler
Stadtratspräsident



Brigitte Henzi
Protokollführerin